

Eon, RWE und EnBW vs. Rekommunalisierung

Triopol nutzt seine Macht

Allein zwischen 2005 und 2014 haben weit über 100 Städte und Gemeinden in Deutschland eigene Stadtwerke gegründet und ca. 200 Verteilnetze übernommen – dagegen wehren sich drei Energiekonzerne und ein Netzwerk.

Kurt Berlo / Oliver Wagner

Auf der Verteilnetzebene für Strom und Gas dominieren Eon, RWE und EnBW; sie besitzen über 10.000 der schätzungsweise insgesamt 20.000 Konzessionen. Laufen Verträge aus, kämpfen sie angesichts ihrer ansonsten wegbrechenden Gewinne um jede Konzession. Dabei können die Konzerne auf ihre Marktmacht, ihr Vergabe-Know-how, zahlreiche Methoden zur Besitzstandswahrung und gesetzliche Regelungslücken bauen.

Aufsichtsbehörden sehen weg

All dies geschieht ohne Beanstandungen bzw. durch aktives Wegsehen der Aufsichtsbehörden. Kein Wunder, haben sich doch Bundeskartellamt, Bundesnetzagentur und die Monopolkommission schon früher dezidiert dazu geäußert; sie wiederholen seit Jahren gebetsmühlenartig ihr konzernfreundliches Mantra, rekommunalisierte Verteilnetze wären ineffizient. Dafür liegt kein empirischer Beweis vor. Im Gegenteil: Eine Untersuchung von Leprich/Müller-Kirchenbauer zeigt, dass auch kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber effizient und kostengünstig arbeiten – mitunter sogar besser.

Rekommunalisierungswillige Kommunen benötigen gute Vorbereitung, Stehvermögen und externen juristischen sowie ökonomischen Beistand. Ansonsten sind sie den Altkonzessionären in einem unfairen Wettbewerb hoffnungslos unterlegen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Aufsichtsbehörden nur ihnen eine marktbeherrschende Rolle zuschreiben. Wegen ihres Wegerechts bestünde die Gefahr, dass Altkonzessionäre diskriminiert würden. Dass aber

das Triopol aufgrund seiner kollektiven Marktmacht, der Vergabe-Erfahrungen und seiner Kenntnis von netzrelevanten Daten ebenfalls marktbeherrschend ist, wird übersehen. Das stellt die neoliberale Auslegung von Wettbewerb über das Recht auf kommunale Selbstverwaltung.

Die BGH-Urteile vom 17.12.2013 in den Fällen Heiligenhafen und Berkenhain zementierten diese Grundsätze. Die Kommunen dürfen bei der Auswahl von Bewerbern um Verteilnetze nur streng netzbezogene Kriterien nach § 1 EnWG anwenden. Demnach muss der Netzbetrieb in allererster Linie sicher, preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich sein. Haushaltspolitische Erwägungen oder energiewirt-

schaftliche Argumente dürfen nur nachrangig berücksichtigt werden.

Ein Netzwerk leistet Schützenhilfe

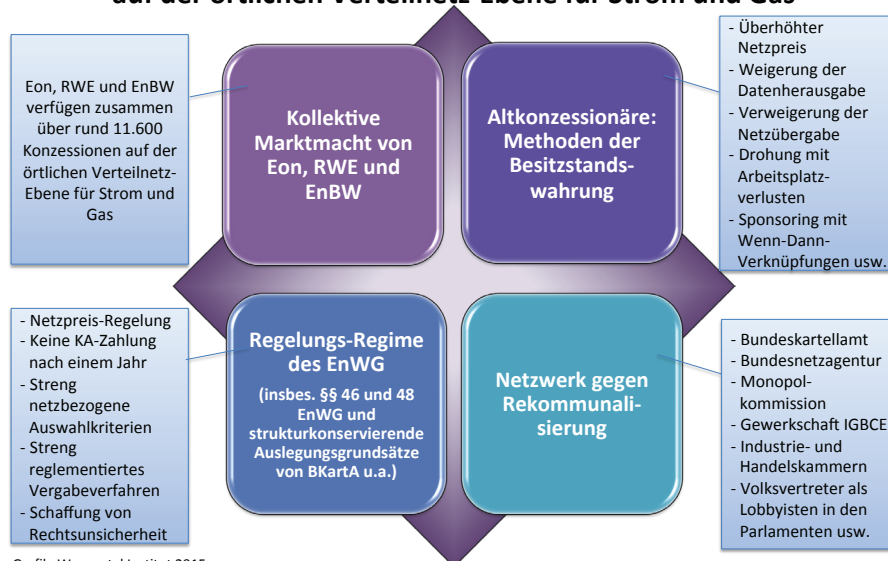
Zusätzlich bekämpft ein Netzwerk massiv die kommunalen Rekommunalisierungsbestrebungen. Es betreibt regelrechte Medienkampagnen, meist zu konkreten Vorhaben, äußert aber auch immer wieder grundsätzliche Bedenken und Warnungen. An vorderster Front kämpfen die Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie werden mit tatkräftiger Unterstützung von IHKs, dem Institut der Deutschen Wirtschaft und anderen nicht müde, mit Pressemeldungen, bestellten Gutachten, Medienauftritten usw. die Rekommunalisierung zu diskreditieren.

Rekommunalisierungswillige Gemeinden sollten sich von fadenscheinigen Argumenten nicht irritieren lassen. Denn die örtliche Energiewende gelingt mit eigenen Stadtwerken und dem eigenen Verteilnetz einfach leichter.

Die Autoren sind Projektleiter in der Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik des Wuppertal-Institutes für Klima, Umwelt, Energie GmbH. www.wupperinst.org

Das tragische Viereck

Wirkmächtige Bestimmungsfaktoren sichern Strukturkonservierung auf der örtlichen Verteilnetz-Ebene für Strom und Gas



Grafik: Wuppertal Institut 2015